

**Förderung freiwilliger Altersvorsorge:  
Es geht auch ohne Milliardensubventionen**

***- vorläufige Version -***

erstellt von Johannes Leinert, Bertelsmann Stiftung  
Gütersloh, Februar 2004

## **Zusammenfassung**

Die private und betriebliche Altersvorsorge weiter auszubauen, ist erklärtes Ziel der Politik. Doch weitere Steuermilliarden zur finanziellen Förderung sind nicht finanzierbar. Allerdings sind sie auch nicht erforderlich. Viel wirksamer könnte der Abbau von bestehenden Hindernissen sein, die bislang dem Ausbau der Altersvorsorge entgegenstehen. Denn freiwillige Altersvorsorge kommt nur zustande, wenn drei einfache, aber zwingende Voraussetzungen gegeben sind: Erstens muss der Bürger<sup>1</sup> sich mit der Thematik der Altersvorsorge beschäftigen (Vorsorgeplanung). Zweitens muss er zu dem Ergebnis kommen, dass Altersvorsorge nutzensteigernd ist (Vorsorgeabsicht). Drittens muss er diese Absicht in die Tat umsetzen (Vorsorgehandeln).

Eine Förderung der Altersvorsorge, die wie die traditionelle Vorsorgepolitik in Deutschland lediglich über finanzielle Zuschüsse die Vorsorgeabsicht erhöhen will, ist daher nur eingeschränkt wirksam. Eine wirksame Förderung der Altersvorsorge muss vielmehr auch die Hindernisse beseitigen, die der Vorsorgeplanung und Vorsorgehandlung entgegenstehen. Denn in dem Maße, in dem diese Vorsorgeschritte als kompliziert und unerfreulich empfunden werden, sinkt die Bereitschaft, sich hier und heute konkret mit ihnen auseinanderzusetzen. In der Folge werden sie oft dauerhaft auf „morgen“ verschoben; die Altersvorsorge kann sich um Jahre verzögern oder ganz unterbleiben.

Der vorliegende Beitrag zeigt anhand der Analyse von Mikrodaten zum Vorsorgeverhalten in Deutschland die empirische Relevanz dieser Mechanismen auf. Es wird deutlich, dass das Verschieben von Vorsorgehandlungen in Deutschland tatsächlich weit verbreitet ist und sich negativ auf die Altersvorsorge auswirkt. Vor diesem Hintergrund werden Vorschläge zur nicht-monetären Förderung der Altersvorsorge entwickelt.

**Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine vorläufige Version. Die überarbeitete, endgültige Fassung erscheint in der März-Ausgabe der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“.**

---

<sup>1</sup> Zur Vereinfachung wird in dieser Arbeit nur die männliche Form verwendet, auch wenn Personen beiderlei Geschlechts gemeint sind.

## 1 Einleitung<sup>2</sup>

Die private und betriebliche Altersvorsorge weiter auszubauen, ist erklärtes Ziel der Politik. Allerdings bleiben die Abschlüsse der Riester-Renten weit hinter den Erwartungen zurück. Eine wesentlich stärkere finanzielle Förderung freiwilliger Altersvorsorge erscheint jedoch nicht finanzierbar. Vielfach wird daher eine verpflichtende Riester-Rente gefordert, um einen stärkeren Ausbau der Altersvorsorge zu erreichen. Dieser gravierende Schritt ist jedoch nicht notwendig. Stattdessen können die Abschlussquoten deutlich erhöht werden, indem Hindernisse beseitigt werden, die bislang dem Ausbau der Altersvorsorge entgegenstehen. Denn freiwillige Altersvorsorge kommt nur dann zustande, wenn drei simple, aber zwingende Voraussetzungen gegeben sind: Erstens muss der künftige Rentner<sup>3</sup> sich mit der Thematik der Altersvorsorge beschäftigen (Vorsorgeplanung). Zweitens muss er zu dem Ergebnis kommen, dass Altersvorsorge nutzensteigernd ist (Vorsorgeabsicht). Drittens muss er diese Absicht in die Tat umsetzen (Vorsorgehandeln).

Eine wirksame Förderung der Altersvorsorge darf sich daher nicht allein darauf konzentrieren, über finanzielle Zuschüsse die Vorsorgeabsicht der Bürger erhöhen zu wollen. Sie muss vielmehr berücksichtigen, dass die Vorsorgethematik für viele Bürger aufgrund ihrer Komplexität einerseits und mangelnder Informationsverarbeitungskapazitäten andererseits eine „unangenehme“ Materie darstellt. In dem Maße, in dem Vorsorgeplanung und Vorsorgehandlung als unerfreulich empfunden werden, sinkt aber die Bereitschaft, sich hier und heute konkret mit ihnen auseinanderzusetzen. In der Folge werden diese Vorsorgeschritte oft dauerhaft auf „morgen“ verschoben; die Altersvorsorge kann sich um Jahre verzögern.<sup>4</sup> Selbst wenn die finanziellen und steuerlichen Rahmenbedingungen für die Altersvorsorge attraktiv sind, ist dann mit einer geringen, da spät einsetzenden, Vorsorgeersparnis zu rechnen.

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit diesen nicht-monetären Gründen für mangelnde Altersvorsorge. Dabei werden zunächst die Ursachen für ein Aufschieben vorsorgerelevanter Wahlhandlungen dargestellt, bevor anhand der Analyse von Mikrodaten zum Vorsorgeverhalten in Deutschland die empirische Relevanz dieses Aufschiebeverhaltens aufgezeigt wird. Darauf aufbauend werden Vorschläge zur nicht-monetären Förderung der Altersvorsorge entwickelt.

## 2 Aufschieben als Hindernis für die Altersvorsorge

Viele Bürger geben bei der relativen Bewertung zweier künftiger Momente dem ersten Moment ein umso größeres Gewicht, je näher er der Gegenwart rückt.<sup>5</sup> Dieses Phänomen kann mit einem einfachen Beispiel verdeutlicht werden: Es bestehe die Wahl, am 1. Juli sieben Stunden unangenehme Arbeiten zu erledigen oder am 15. Juli acht Stunden dieser Arbeit zu verrichten. Wenn im April gefragt, würde fast jeder die sieben Stunden am 1. Juli wählen. Wenn am 1. Juli gefragt, ob sie jetzt sofort oder in zwei Wochen die unangenehme Tätigkeit erledigen wollen, würden dagegen die meisten Leute die Arbeit lieber verschieben, auch wenn sie dadurch eine Verlängerung der Tätigkeit in Kauf nehmen müssen.<sup>6</sup> Dem „hier und jetzt“

<sup>2</sup> Für wichtige Anregungen und Kritik danke ich Helga Hackenberg und Gert G. Wagner.

<sup>3</sup> In dieser Arbeit wird zur Vereinfachung die männliche Form verwendet, auch wenn Personen beiderlei Geschlechts gemeint sind.

<sup>4</sup> Im Extremfall unterbleibt die Altersvorsorge sogar ganz.

<sup>5</sup> Vgl. Rabin (1998), S. 38.

<sup>6</sup> Vgl. O'Donoghue/Rabin (1999), S. 103.

wird also gegenüber allen künftigen Momenten ein extrem starkes Gewicht beigemessen. Entsprechende Präferenzen werden im Folgenden als „gegenwartsverzerrte Präferenzen“ bezeichnet. Wenn die mit einer Handlung verbundenen Kosten sofort, die Nutzen dagegen erst zeitverzögert anfallen, können diese Präferenzen unerwünschte Konsequenzen haben: Wurde eine solche Handlung für einen künftigen Zeitpunkt geplant, ändern sich plötzlich die Handlungsabsichten, sobald dieser Zeitpunkt in die Gegenwart fällt. Die sofortigen Kosten werden jetzt deutlich übergewichtet, so dass die Handlung nicht mehr lohnend erscheint. Stattdessen wird beschlossen, sie in der Zukunft auszuführen bzw. zu verschieben.

Dies kann am Beispiel einer Steuererklärung veranschaulicht werden. Das Erstellen der Steuererklärung ist eine Aufgabe, die für viele Bürger aufgrund ihrer Komplexität und Unbeliebtheit mit signifikanten zeitlichen und psychologischen Kosten verbunden ist. Bei gegenwartsverzerrten Präferenzen werden diese Kosten als deutlich höher empfunden wenn sie sofort anfallen als wenn sie in einer künftigen Periode anfallen. Ein Verschieben der Steuererklärung auf die nächste Handlungsperiode führt daher aus heutiger Sicht zu Nutzengewinnen, denen nur geringe Kosten des Verschiebens gegenüberstehen. Denn es kann täglich von neuem darüber entschieden werden, ob die Steuererklärung sofort oder am nächsten Tag erledigt wird; die Kosten in Form von Zinsverlusten eines eintägigen Verschiebens fallen daher kaum ins Gewicht. In der Folge wird die Steuererklärung wiederholt auf „morgen“ verschoben, bis sich zum Ende der Abgabefrist die Anreize ändern. Jetzt würde ein weiteres Verschieben den Verzicht auf die Steuerrückerstattung bedeuten und wäre damit prohibitiv teuer. Folglich ist damit zu rechnen, dass viele Bürger ihre Steuererklärung erst zum letztmöglichen Zeitpunkt einreichen, obwohl sich durch das wiederholte Verschieben in der Summe hohe Zinsverluste ergeben.

Auch das Umsetzen einer an sich gewollten Altersvorsorge kann durch gegenwartsverzerrte Präferenzen zum Problem werden. Denn es bedingt die konkrete Beschäftigung mit der Vorsorgethematik, die Informationsbeschaffung über staatliche Fördermöglichkeiten und Vorsorgeprodukte sowie die Bewertung der verschiedenen Optionen und schließlich die Auswahl und Realisierung der gewünschten Lösung. Dadurch entstehenden sofortige zeitliche und kognitive Kosten, während der Nutzen des Vorsorgehandelns sich erst einige Jahrzehnte später im Ruhestand ergibt. Vergleichbares gilt zudem für den zeitlich vorgelagerten Aspekt der Vorsorgeplanung. Denn die Beschäftigung mit der Frage, ob bzw. in welchem Umfang vorgesorgt werden soll, bedingt die Auseinandersetzung mit den Themen Alter und Ruhestand sowie die Abschätzung von Ruhestandseinkommen und –bedarf. In beiden Fällen sind die Kosten des Verschiebens auf die nächste Handlungsperiode gering.<sup>7</sup> Folglich besteht die Gefahr eines wiederholten Verschiebens der Altersvorsorge.

Diese Gefahr wird dadurch vergrößert, dass es bei der Altersvorsorge im Gegensatz zur Abgabe der Steuererklärung - bis auf das Eintreten des Ruhestands - keine Frist gibt, die das Verschieben begrenzt. Personen mit gegenwartsverzerrten Präferenzen werden sich demnach vergleichsweise spät mit der Thematik der Altersvorsorge befassen und, sofern sich daraus eine Absicht zur Vorsorge ergibt, diese vergleichsweise spät in die Tat umsetzen. Da sie später mit dem Vorsorgesparen beginnen, akkumulieren sie c.p. weniger Vorsorgevermögen und erhalten in der Folge geringere Rentenleistungen als Leute, die vorsorgerelevante Wahlhandlungen nicht aufschieben. Wenn das Aufschieben von Vorsorgeplanung und Vorsorgehandlung ein empirisch relevantes Phänomen ist, muss die Vorsorgepolitik diese Hindernisse abbauen helfen, um die Altersvorsorge zu fördern. In den folgenden Abschnitten ist daher zu-

---

<sup>7</sup> Die Kosten-Nutzen-Relation des Verschiebens verändert sich jedoch bei periodengebundenen finanziellen Förderelementen wie z.B. den Zulagen für Riester-Renten. Hier verteuert sich am Ende des Kalenderjahres das Verschieben eines Vertragsabschlusses auf den nächsten Tag deutlich, weil dadurch die Förderung für das vollendete Kalenderjahr unwiederbringlich verloren geht.

nächst die empirische Relevanz zu prüfen, bevor Empfehlungen für die Vorsorgepolitik abgeleitet werden. Grundlage der Analysen sind dabei die gewichteten Daten der Bertelsmann Stiftung (BST) Vorsorgeerhebungen 2002 und 2003; alle aus den empirischen Analysen gewonnenen Aussagen beziehen sich daher auf 30- bis 50-jährige Personen.<sup>8</sup>

### 3 Empirische Relevanz von Aufschiebeverhalten

In der BST Vorsorgeerhebung 2002 wurden mehrere Statements abgefragt, die geeignete Indikatoren für vermuteten Zusammenhänge darstellen (Tab. 1). Sie beinhalten die Selbsteinschätzung bezüglich des Aufschiebens finanzieller Entscheidungen (Statement 1), die Einschätzung zu gegenwartsverzerrten Präferenzen (Statement 2), und die vermuteten psychologischen Kosten vorsorgerelevanter Wahlhandlungen. Letztere können in eine Abneigung gegen finanzielle Angelegenheiten (Frage 6) und eine Abneigung gegen das Thema Alter (Statements 3-5) differenziert werden.

**Tab. 1: Indikatoren für vermutetes Aufschiebeverhalten, Angaben in Prozent\***

i	Statement bzw. Frage**	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe
1	„Ich schiebe finanzielle Entscheidungen schon mal ein bisschen vor mir her“	24,8	25,3	19,4	30,3	0,3
2	„Ich schiebe unangenehme Dinge lieber ein wenig auf, als sie sofort zu erledigen“	18,8	23,1	20,6	37,1	0,5
3	„Ich freue mich schon auf die Freizeit, die ich im Ruhestand haben werde“	61,5	21,7	8,1	7,5	1,2
4	„Ich befürchte, dass ich im Ruhestand nicht mehr gebraucht werde“	7,4	8,4	25,2	58,7	0,5
5	„Ich verbinde ‚Alter‘ auch mit Krankheit und Pflegebedürftigkeit“	25,6	17,6	23,3	32,8	0,8
		sehr gern	eher gern	eher ungerne	sehr ungerne	keine Angabe
6	„Wie gern oder ungerne beschäftigen Sie persönlich sich mit finanziellen Angelegenheiten?“	12,7	39,7	37,3	9,7	0,5

\* Von 100 abweichende Zeilensummen sind durch Rundungsfehler bedingt.

\*\* Siehe zum Kontext der Fragen Heien/Kortmann (2003), Fragen 120/3, 75, 91/1, 91/2, 91/3 und 74.

Es wird deutlich, dass Aufschiebeverhalten, gegenwartsverzerrte Präferenzen und psychologische Kosten der Altersvorsorge empirisch relevante Phänomene sind. Jeder zweite Befragte gibt an, finanzielle Entscheidungen „schon mal ein bisschen“ aufzuschieben. Bei vier von zehn Befragten können gegenwartsverzerrte Präferenzen bzw. eine Abneigung gegen finanzielle Angelegenheiten vermutet werden. Lediglich bezüglich der Abneigung gegen die Themen Ruhestand und Alter ist eine relativ geringe Verbreitung zu vermuten.

Bevor mit den weiteren Analysen fortgefahren wird, ist zu klären, ob auch der Zusammenhang relevant ist, dass ein Aufschieben finanzieller Entscheidungen insbesondere dann zu erwarten ist, wenn gegenwartsverzerrte Präferenzen vorliegen und finanzielle Entscheidungen mit sofortigen psychologischen Kosten verbunden sind.<sup>9</sup> Dazu werden die Indikatoren 1, 2 und 6 aus Tab. 1 dichotomisiert und in einer Kreuztabelle dargestellt. Tatsächlich ergibt sich ein starker, positiver Zusammenhang zwischen dem Aufschieben finanzieller Entscheidungen

<sup>8</sup> Für die Erhebung wurden von Infratest Sozialforschung in der ersten Welle (2. Quartal 2002) 2002 zufällig ausgewählten Personen der Geburtsjahrgänge 1952-1972 zu ihrem Vorsorgeverhalten befragt. 1380 von ihnen wurden in der zweiten Welle (Anfang 2003) nochmals befragt. Vgl. Heien/Kortmann (2003) zu einer ausführlichen Beschreibung des methodischen Vorgehens.

<sup>9</sup> Der einfacheren Darstellung wegen wird an dieser Stelle auf die Berücksichtigung der Indikatoren für psychologische Kosten der Beschäftigung mit der Altersthematik verzichtet.

einerseits und psychologischen Kosten und gegenwartsverzerrten Präferenzen andererseits (Tab. 2). Dies gilt insbesondere, wenn die beiden letztgenannten Einflussfaktoren gleichzeitig gegeben sind. In diesem Fall werden finanzielle Entscheidungen in 90% der Fälle aufgeschoben. Liegt nur einer der beiden Einflussfaktoren vor, werden die Entscheidungen in 53% der Fälle verschoben, während sie lediglich in 19% der Fälle aufgeschoben werden, wenn keiner der beiden Einflussfaktoren vorliegt.

**Tab. 2: Selbsteinschätzung zum Aufschub finanzieller Entscheidungen, Angaben in Prozent\***

Aufschub finanzieller Entscheidungen	insgesamt	psychologische Kosten		gegenwartsverzerrte Präferenzen		psychologische Kosten und gegenwartsverzerrte Präferenzen		
		nein	ja	nein	ja	kein Faktor	ein Faktor	beide Faktoren
ja	50,2	34,5	67,8	30,0	78,1	19,4	53,4	89,7
nein	49,8	65,5	32,2	70,0	21,9	80,7	46,6	10,4
Summe in %	100	100	100	100	100	100	100	100
Summe, absolut	1998	1050	942	1155	838	685	825	476

\* Siehe zum Wortlaut der entsprechenden Fragen Tab. 1, zur Zuordnung zu den theoretischen Konstrukten begleitender Text.

Folglich ist davon auszugehen, dass gegenwartsverzerrte Präferenzen und sofortige psychologische Kosten in der Selbsteinschätzung zu einem Verschieben finanzieller Entscheidungen führen. Ob daraus bereits weit reichende Schlussfolgerungen für die Vorsorgepolitik gezogen werden können, ist jedoch fraglich. Denn zum einen muss diese subjektive Einschätzung nicht zwangsläufig auch das tatsächliche Verhalten der Befragten widerspiegeln. Zum anderen ist mit bedeutsamen Konsequenzen für die Altersvorsorge nur dann zu rechnen, wenn das zurückhaltend formulierte Eingeständnis, finanzielle Entscheidungen „schon mal ein bisschen“ vor sich herschieben auch einen geeigneten Indikator für die Tendenz zu einem wiederholten und dauerhaften Verschieben vorsorgerelevanter Wahlhandlungen darstellt.

Daher ist die empirische Relevanz des Zusammenhangs von Aufschiebeverhalten und tatsächlichem Vorsorgeverhalten näher zu analysieren. Dazu wird zunächst aus den Statements bzw. Fragen in Tab. 2 ein ad-hoc-Index für vermutetes Aufschieben von vorsorgerelevanten Wahlhandlungen gebildet.<sup>10</sup> Er setzt sich zu gleichen Teilen aus drei Teilindices zusammen. Zu einem Drittel fließt die Selbsteinschätzung bezüglich des Verschiebens finanzieller Entscheidungen ein. Ein weiteres Drittel wird durch die Einschätzung der gegenwartsverzerrten Präferenzen bestimmt. Das letzte Drittel ergibt sich aus den vermuteten psychologischen Kosten. Dabei wird berücksichtigt, dass sowohl eine Abneigung gegen finanzielle Angelegenheiten als auch eine Abneigung gegen das Thema Alter die Bürger von der Altersvorsorge abhalten kann. Beide Arten von psychologischen Kosten werden im letzten Teilindex daher jeweils hälftig berücksichtigt.<sup>11</sup> Zu untersuchen ist im Folgenden, inwieweit eine mit diesem Index gemessene Aufschiebeneigung das Altersvorsorgeverhalten beeinflusst.

Zwar ist zu vermuten, dass sozioökonomische Faktoren wie das Haushaltseinkommen oder ein etwaiger Immobilienbesitz einen deutlich größeren Einfluss auf das Vorsorgeverhalten

<sup>10</sup> Die Gewichtung der für die Indexbildung verwendeten Statements ist zwangsläufig willkürlicher Natur. Sie ist jedoch für die folgenden Analysen sinnvoll und notwendig, um die in den theoretischen Überlegungen hergeleiteten Determinanten der Aufschiebneigung in einer einzigen Variablen zusammenzufassen zu können.

<sup>11</sup> Zur Berechnung des Indexwertes wird folgendermaßen vorgegangen: Den Antworten „ja“/ „sehr gern“ wird der Wert 1 zugewiesen, den Antworten „eher ja“/ „eher gern“ der Wert 2, den Antworten „eher nein“/ „eher ungerne“ der Wert 3 und den Antworten „nein“/ „sehr ungerne“ der Wert 4. Befragte, die bei einer der sechs Fragen in Tab. 1 keine Angaben machten, werden aus der Analyse ausgeschlossen. Wenn „Antwort\_i“ den Wert bezeichnet, der dem Befragten für die i-te Frage zugewiesen wurde, ergibt sich der Indikatorwert für vermutetes Aufschiebeverhalten als:  $\frac{1}{3} (5 - \text{Antwort}_1) + \frac{1}{3} (5 - \text{Antwort}_2) + \frac{1}{3} [\frac{1}{6} ((\text{Antwort}_3) + (5 - \text{Antwort}_4) + (5 - \text{Antwort}_5)) + \frac{1}{2} (\text{Antwort}_6)]$ . Der resultierende Indexwert wird schließlich auf den Wertebereich 0 bis 3 normiert.

haben als die Aufschiebeneigung. Allerdings sind diese Faktoren schwerlich durch die Vorsorgepolitik zu beeinflussen. Dagegen kann die Vorsorgepolitik durch entsprechende Produktgestaltung und durch Änderung der steuerlichen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen darauf hinwirken, dass vorsorgerelevante Wahlhandlungen weniger aufgeschoben werden. Je stärker das Vorsorgeverhalten durch Aufschieben verhindert wird, desto erfolgreicher wird eine solche Politik sein. Daher ist in dieser Arbeit allein von Interesse, inwieweit sich Aufschiebeverhalten bei gegebenem sozioökonomischen Status auf das Vorsorgeverhalten auswirkt.

Entsprechend wird bei den folgenden Analysen um das persönliche Bruttoeinkommen<sup>12</sup>, das Haushaltsnettoeinkommen<sup>13</sup>, den Immobilien- und Grundstücksbesitz<sup>14</sup> und die Angabe, ob ein Partner im Haushalt lebt oder nicht<sup>15</sup>, kontrolliert. Zudem wird um Alter<sup>16</sup> und Schulbildung<sup>17</sup> kontrolliert. Unter Berücksichtigung dieser Kontrollvariablen wird in den folgenden Abschnitten zunächst der Einfluss auf Vorsorgeplanung und Vorsorgehandlung untersucht, bevor analysiert wird, ob sich ein signifikanter Einfluss der Aufschiebeneigung auch auf das Vorsorgeergebnis beobachten lässt. Diese Analysen werden mittels logistischer Regression vorgenommen.<sup>18</sup>

#### 4 Aufschieben der Vorsorgeplanung

Um eine der individuellen Situation angemessene Entscheidung zu treffen, ob und in welchem Umfang (vermehrte) private oder betriebliche Altersvorsorge betrieben werden soll, ist ein Mindestmaß an Vorsorgeplanung erforderlich. Dazu gehören eine Abschätzung des Ruhestandsbedarfes, der voraussichtlichen Ruhestandsleistungen, wenn die Altersvorsorge nicht erhöht wird, und des Vermögensbestandes.<sup>19</sup> In der BST Vorsorgeerhebung wurde danach gefragt, ob der Haushalt des Befragten die jeweiligen Planungsschritte bereits vorgenommen hat.<sup>20</sup> Für die ökonometrische Analyse ist von Interesse, ob bereits mindestens einer dieser Planungsschritte vorgenommen wurde. Es ist zu vermuten, dass dies umso seltener der Fall ist, je ausgeprägter die Aufschiebeneigung ist.

**Tab. 3: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass der Haushalt des Befragten bereits Planungsschritte vorgenommen hat\***

	nach Aufschiebeindex				
	1.Quartil	2.Quartil	3.Quartil	4.Quartil	5.Quartil
Kein Partner im Haushalt	0.78	0.72	0.66	0.59	0.49
95%-Konfidenzintervall	[0.70, 0.84]	[0.64, 0.79]	[0.58, 0.74]	[0.51, 0.67]	[0.40, 0.59]
Mit Partner im Haushalt	0.74	0.68	0.61	0.54	0.45
95%-Konfidenzintervall	[0.65, 0.81]	[0.59, 0.76]	[0.52, 0.69]	[0.44, 0.63]	[0.35, 0.55]

\* berechnet für einen 40-Jährigen Befragten mit einem persönlichen Bruttoeinkommen und einem Haushaltsnettoeinkommen jeweils in der Kategorie von 2.000 bis 4.000 DM, der die mittlere Reife als Schulabschluss hat und dessen Haushalt keine Immobilien oder Grundstücke besitzt.

<sup>12</sup> Vgl. Heien/Kortmann (2003), Frage 32. Für die Analyse wird eine Variable mit den 5 Kategorien „unter 2.000“, „2.000 bis unter 4.000“, 4.000 bis unter 6.000“, 6.000 bis unter 8.000“ und „8.000 und mehr“ DM/Monat gebildet. DM-Angaben wurden verwendet, weil sich die abgefragten Angaben auf 2001 bezogen.

<sup>13</sup> Vgl. Heien/Kortmann (2003), Frage 41. Für die Analyse wird eine Variable mit denselben Kategorien wie beim persönlichen Bruttoeinkommen gebildet.

<sup>14</sup> Vgl. Heien/Kortmann (2003), Frage 77.

<sup>15</sup> Vgl. Heien/Kortmann (2003), Fragen 12 und 13.

<sup>16</sup> Vgl. Heien/Kortmann (2003), Frage 11.

<sup>17</sup> Vgl. Heien/Kortmann (2003), Frage 17.

<sup>18</sup> Vgl. zu einer Beschreibung dieses Regressionsverfahrens und zur Interpretation der entsprechenden ökonometrischen Ergebnisse Kohler/Kreuter (2001), S. 249 ff.

<sup>19</sup> Ist dem Individuum dieser Planungsaufwand zu hoch, wird es seine Vorsorgeentscheidung entweder im Sinne einer 2nd-best Strategie mittels einfacher Heuristiken treffen oder aufschieben.

<sup>20</sup> Zum Wortlaut der Fragen siehe Heien/Kortmann (2003), Fragen 76, 95 und 100.

Tatsächlich ergibt sich in der logistischen Regression ein signifikanter, negativer Zusammenhang zwischen der Aufschiebeneigung und der Wahrscheinlichkeit, bereits einen oder mehrere Planungsschritte vorgenommen zu haben.<sup>21</sup> Dieser Zusammenhang bleibt auch unter Kontrolle um persönliches Bruttoeinkommen, Haushaltsnettoeinkommen, Immobilienbesitz, Schulbildung, Alter und im Haushalt lebenden Partner bestehen.<sup>22</sup> Tab. 3 veranschaulicht die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für einen Befragten mit mittleren Werten bei den Kontrollvariablen in Abhängigkeit der vermuteten Aufschubneigung. Differenziert wird in der Tabelle danach, ob die Befragten mit einem Partner im Haushalt zusammen leben oder nicht.

## 5 Aufschieben der Vorsorgehandlung

Aufgrund des Panel-Charakters der BST Vorsorgeerhebungen 2002 und 2003 lässt sich gut verfolgen, inwieweit Pläne zur Erhöhung der Altersvorsorge tatsächlich umgesetzt werden: In der ersten Welle im 2. Quartal 2002 wurde erhoben, ob die Befragten planen, ihre persönliche Altersvorsorge zu erhöhen. In der zweiten Welle im 2. Quartal 2003 wurde nachgefragt, ob diese Pläne bereits in die Tat umgesetzt wurden.<sup>23</sup> Generell ist zu vermuten, dass dies umso seltener der Fall war, je ausgeprägter die Aufschiebeneigung war. Im beobachteten Zeitraum ist jedoch eine Besonderheit zu berücksichtigen, die diesen Zusammenhang weniger eindeutig werden lässt.

Mit der Einführung der Riester-Rente und dem Recht auf Entgeltumwandlung wurden im Jahr 2002 für breite Bevölkerungsgruppen staatlich geförderte Altersvorsorgeprodukte verfügbar, die durch Standardisierung wichtiger Produktcharakteristika (Riester-Rente) bzw. die Vorauswahl durch den Arbeitgeber (betriebliche Altersvorsorge) die Wahlmöglichkeiten einschränken und damit die kognitiven Kosten des Vertragsabschlusses verringern.<sup>24</sup> Diese Mechanismen können dazu führen, dass das Umsetzen von Vorsorgeplänen gerade für diejenigen Bürger attraktiver wird, die den Abschluss von Vorsorgeverträgen bislang aufgeschoben haben. Dies kann dem oben beschriebenen Wirkungszusammenhang entgegenwirken.

In der logistischen Regression ergibt sich ein signifikanter, negativer Zusammenhang zwischen Aufschiebeneigung und der Wahrscheinlichkeit, einen Plan zur Erhöhung der persönlichen Altersvorsorge im Beobachtungszeitraum in die Tat umgesetzt zu haben. Dieser Zusammenhang bleibt auch unter Kontrolle um persönliches Bruttoeinkommen, Haushaltsnettoeinkommen, Immobilienbesitz, Schulbildung, Alter und im Haushalt lebenden Partner beste-

---

<sup>21</sup> Alle Signifikanzangaben in dieser Arbeit beziehen sich auf das 95%-Niveau.

<sup>22</sup> Im einfachen Modell ergeben sich die Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung:  $-.6841804$ , 95%-Konfidenzintervall:  $[-.8617522 \text{ bis } -.5066086]$ ,  $P > |z|$ : 0.000, Prob > chi2: 0.0000, McFaddens Pseudo  $R^2$ : 0.0410. Werden die Kontrollvariablen in das Modell einbezogen, ergeben sich folgende Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung:  $-.6360905$ , 95%-Konfidenzintervall:  $[-.8365928 \text{ bis } -.4355883]$ ,  $P > |z|$ : 0.000, Prob > chi<sup>2</sup>: 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.1008.

<sup>23</sup> Vgl. zum Wortlaut der entsprechenden Fragen *Heien/Kortmann* (2003), Frage 103 und 222.

<sup>24</sup> Dass es sich dabei um eine relative Verringerung der kognitiven Kosten handelt, deren absolute Höhe aber nach wie vor erheblich ist, verdeutlichen die Ausführungen in Abschnitt 7.



hen.<sup>25</sup> Tab. 4 zeigt die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die oben beschriebenen Ausprägungen der Kontrollvariablen.<sup>26</sup>

**Tab. 4: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass ein Plan zur Erhöhung der persönlichen Altersvorsorge zwischen Mitte 2002 und Anfang 2003 in die Tat umgesetzt wurde\***

	nach Aufschiebeindex				
	1.Quartil	2.Quartil	3.Quartil	4.Quartil	5.Quartil
Kein Partner im Haushalt	0.29	0.24	0.20	0.16	0.12
95%-Konfidenzintervall	[0.16, 0.46]	[0.14, 0.39]	[0.11, 0.33]	[0.09, 0.29]	[0.06, 0.24]
Mit Partner im Haushalt	0.46	0.40	0.34	0.29	0.23
95%-Konfidenzintervall	[0.29, 0.64]	[0.26, 0.57]	[0.22, 0.50]	[0.17, 0.45]	[0.12, 0.40]

\* bei Werten der Kontrollvariablen wie für Tab. 3 beschrieben

## 6 Auswirkungen des Aufschiebens auf das Vorsorgeergebnis

Inwiefern Aufschubneigung und das Ergebnis der Altersvorsorge zusammenhängen, wird im Folgenden anhand verschiedener Indikatoren untersucht. Je weniger die zukünftigen Rentner dazu tendieren, vorsorgerelevante Wahlhandlungen aufzuschieben, desto eher ist zu erwarten, dass sie sich mit der Vorsorgeplanung und den Vorsorgeprodukten auseinandersetzen, sich über die Altersvorsorge gut informiert fühlen, Vorsorgeverträge abschließen, damit ihre Ersparnis und ihr Geldvermögen erhöhen und sich in der Folge subjektiv abgesichert fühlen und weniger Notwendigkeit sehen, mehr für die Altersvorsorge zu tun.

Die logistische Regression stützt diese Vermutung. Es ergibt sich ein signifikanter, negativer Zusammenhang zwischen Aufschiebeneigung und der Einschätzung, über Altersvorsorge gut informiert zu sein. Dieser Zusammenhang bleibt auch unter Kontrolle um persönliches Bruttoeinkommen, Haushaltsnettoeinkommen, Immobilienbesitz, Schulbildung, Alter und im Haushalt lebenden Partner bestehen.<sup>27</sup> Tab. 5 verdeutlicht dies anhand der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten.

**Tab. 5: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass der Befragte sich zum Thema Altersvorsorge gut informiert<sup>28</sup> fühlt\***

	nach Aufschiebeindex				
	1.Quartil	2.Quartil	3.Quartil	4.Quartil	5.Quartil
Kein Partner im Haushalt	0.62	0.56	0.49	0.41	0.32
95%-Konfidenzintervall	[0.53, 0.70]	[0.47, 0.63]	[0.41, 0.57]	[0.34, 0.50]	[0.25, 0.41]
Mit Partner im Haushalt	0.65	0.58	0.51	0.44	0.35
95%-Konfidenzintervall	[0.56, 0.72]	[0.50, 0.66]	[0.43, 0.59]	[0.35, 0.52]	[0.27, 0.44]

\* bei Werten der Kontrollvariablen wie für Tab. 3 beschrieben

<sup>25</sup> Im einfachen Modell ergeben sich die Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung: -.5533867, 95%-Konfidenzintervall: [-.9295241 -.1772493],  $P > |z|$ : 0.004, Prob >  $\chi^2$ : 0.0039, Pseudo  $R^2$ : 0.0230. Werden die Kontrollvariablen in das Modell einbezogen, ergeben sich folgende Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung: -.5219795, 95%-Konfidenzintervall: [-.9131239 -.1308352],  $P > |z|$ : 0.009, Prob >  $\chi^2$ : 0.0186, Pseudo  $R^2$ : 0.0698.

<sup>26</sup> Für diese Ausprägungen der Kontrollvariablen überlappen sich die Konfidenzintervalle der Erfolgswahrscheinlichkeiten für alle Quintile des Aufschiebeindex. Signifikante Unterschiede zwischen dem ersten und dem fünftem Quintil ergeben sich erst ab einem Signifikanzniveau von 80%.

<sup>27</sup> Im einfachen Modell ergeben sich die Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung: -.6752185, 95%-Konfidenzintervall: [-.8396585 -.5107786],  $P > |z|$ : 0.000, Prob >  $\chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.0410. Werden die Kontrollvariablen in das Modell einbezogen, ergeben sich folgende Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung: -.6142704, 95%-Konfidenzintervall: [-.7881965 -.4403442],  $P > |z|$ : 0.000, Prob >  $\chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.0514.

<sup>28</sup> Siehe zum Wortlaut der entsprechenden Frage Heien/Kortmann (2003), Frage 120/8.

Von besonderem Interesse ist die Frage, ob Aufschiebeverhalten mit unterdurchschnittlicher Haushaltsersparnis und mit der Akkumulation eines nur unterdurchschnittlichen Vermögens einhergeht. Als Indikatoren für diese Größen wurden die monatliche Ersparnis des Haushaltes und das Geldvermögen des Haushaltes gewählt.<sup>29</sup> Für die logistische Regression wurden diese beiden Variablen entlang des Medians dichotomisiert. Es ist zu vermuten, dass die Haushalte der Befragten umso eher 300 DM<sup>30</sup> und mehr pro Monat sparten bzw. ein Vermögen von 25.000 DM und mehr hatten, je geringer ihre Tendenz zum Aufschieben ausgeprägt ist.

In der logistischen Regression ergibt sich tatsächlich ein signifikanter, negativer Zusammenhang zwischen Aufschiebeindex und der Wahrscheinlichkeit, eine Ersparnis bzw. ein Vermögen oberhalb des Medians zu haben. Dieser Zusammenhang bleibt auch unter Kontrolle um persönliches Bruttoeinkommen, Haushaltsnettoeinkommen, Immobilienbesitz, Schulbildung, Alter und im Haushalt lebenden Partner bestehen.<sup>31</sup> Tab. 6 und Tab. 7 verdeutlichen dies anhand der jeweiligen vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten.

**Tab. 6: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass der Haushalt des Befragten mehr als 300 DM /Monat spart\***

	nach Aufschiebeindex				
Kein Partner im Haushalt	0.36	0.34	0.31	0.28	0.25
95%-Konfidenzintervall	[0.28, 0.46]	[0.26, 0.42]	[0.24, 0.39]	[0.22, 0.36]	[0.18, 0.33]
Mit Partner im Haushalt	0.45	0.42	0.39	0.36	0.32
95%-Konfidenzintervall	[0.36, 0.54]	[0.34, 0.50]	[0.31, 0.47]	[0.28, 0.44]	[0.24, 0.41]

\* bei Werten der Kontrollvariablen wie für Tab. 3 beschrieben.<sup>32</sup>

**Tab. 7: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass der Haushalt des Befragten ein Bruttogeldvermögen von mehr als 25.000 DM akkumuliert hat\***

	nach Aufschiebeindex				
	1.Quartil	2.Quartil	3.Quartil	4.Quartil	5.Quartil
Kein Partner im Haushalt	0.29	0.26	0.24	0.22	0.19
95%-Konfidenzintervall	[0.21, 0.38]	[0.20, 0.34]	[0.18, 0.31]	[0.16, 0.29]	[0.13, 0.26]
Mit Partner im Haushalt	0.26	0.24	0.21	0.19	0.17
95%-Konfidenzintervall	[0.19, 0.34]	[0.18, 0.31]	[0.16, 0.28]	[0.14, 0.26]	[0.11, 0.24]

\* bei Werten der Kontrollvariablen wie für Tab. 3 beschrieben.<sup>33</sup>

Wenn Aufschiebeverhalten die vermuteten Auswirkungen auf die Altersvorsorge hat, sollte sich dies auch in der Selbsteinschätzung der Betroffenen bezüglich ihrer Vorsorgesituation widerspiegeln. Wenn Aufschiebeverhalten dazu führt, dass eine an sich gewollte Altersvorsorge bislang nicht in die Tat umgesetzt wurde, ist davon auszugehen, dass die betroffenen Bürger häufiger der Ansicht sind, dass sie eigentlich mehr für die Altersvorsorge tun sollten.<sup>34</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch Geldmangel ein Grund für nicht getätigte Altersvor-

<sup>29</sup> Siehe zum Wortlaut der entsprechenden Frage Heien /Kortmann (2003), Fragen 63, 82 und 83.

<sup>30</sup> Die entsprechenden Angaben beziehen sich auf das Jahr 2001 und wurden daher in DM abgefragt.

<sup>31</sup> Im einfachen Modell für die Haushaltsersparnis ergeben sich die Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung:  $-0.3897036$ , 95%-Konfidenzintervall:  $[-0.553348 \ -0.2260593]$ ,  $P > |z|$ : 0.000,  $\text{Prob} > \chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.0140. Werden die Kontrollvariablen in das Modell einbezogen, ergeben sich folgende Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung:  $-0.2697624$ , 95%-Konfidenzintervall:  $[-0.4636148 \ -0.07591]$ ,  $P > |z|$ : 0.006,  $\text{Prob} > \chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.1930.

Im einfachen Modell für das Bruttogeldvermögen des Haushalts ergeben sich die Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung:  $-0.3550284$ , 95%-Konfidenzintervall:  $[-0.5263544 \ -0.1837023]$ ,  $P > |z|$ : 0.000,  $\text{Prob} > \chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.0118. Werden die Kontrollvariablen in das Modell einbezogen, ergeben sich folgende Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung:  $-0.2766363$ , 95%-Konfidenzintervall:  $[-0.4836746 \ -0.0695979]$ ,  $P > |z|$ : 0.009,  $\text{Prob} > \chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.1635.

<sup>32</sup> Ein signifikanter Unterschied zwischen dem ersten und dem fünften Quintil ergibt sich ab dem 82%-Niveau.

<sup>33</sup> Ein signifikanter Unterschied zwischen dem ersten und dem fünften Quintil ergibt sich ab dem 80%-Niveau.

<sup>34</sup> Siehe zum Wortlaut der entsprechenden Frage Heien /Kortmann (2003), Frage 120/7.

sorge sein kann.<sup>35</sup> Wenn Aufschiebeverhalten zu einer geringeren Vorsorgeersparnis und zu einem geringeren Vorsorgevermögen führt, ist zudem damit zu rechnen, dass sich die entsprechenden Befragten seltener ausreichend abgesichert fühlen.<sup>36</sup>

Die logistische Regression stützt diese Vermutung. Es ergibt sich ein signifikanter, negativer Zusammenhang zwischen Aufschiebeindex und der Wahrscheinlichkeit, sich ausreichend für das Alter abgesichert zu fühlen. Der Zusammenhang zwischen Aufschiebeindex und der Einschätzung, eigentlich mehr für die Altersvorsorge zu tun müssen ist signifikant positiv. Beide Zusammenhänge bleiben auch unter Kontrolle um persönliches Bruttoeinkommen, Haushaltsnettoeinkommen, Immobilienbesitz, Schulbildung, Alter und im Haushalt lebenden Partner bestehen.<sup>37</sup> Sie werden in Tab. 9 und Tab. 10 anhand der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten verdeutlicht.

**Tab. 8: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass der Befragte in der Selbsteinschätzung noch nicht genügend spart, obwohl sein Einkommen zum Sparen ausreicht\***

	nach Aufschiebeindex				
	1.Quartil	2.Quartil	3.Quartil	4.Quartil	5.Quartil
Kein Partner im Haushalt	0.47	0.53	0.59	0.65	0.73
95%-Konfidenzintervall	[0.38, 0.56]	[0.44, 0.61]	[0.51, 0.67]	[0.57, 0.73]	[0.64, 0.80]
Mit Partner im Haushalt	0.53	0.59	0.66	0.71	0.77
95%-Konfidenzintervall	[0.44, 0.62]	[0.51, 0.68]	[0.57, 0.73]	[0.63, 0.79]	[0.69, 0.84]

\* bei Werten der Kontrollvariablen wie für Tab. 3 beschrieben

**Tab. 9: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass der Befragte sich für das Alter gut genug abgesichert fühlt\***

	nach Aufschiebeindex				
	1.Quartil	2.Quartil	3.Quartil	4.Quartil	5.Quartil
Kein Partner im Haushalt	0.69	0.64	0.58	0.52	0.44
95%-Konfidenzintervall	[0.60, 0.77]	[0.55, 0.72]	[0.50, 0.66]	[0.43, 0.61]	[0.34, 0.54]
Mit Partner im Haushalt	0.68	0.63	0.57	0.51	0.43
95%-Konfidenzintervall	[0.59, 0.76]	[0.54, 0.71]	[0.48, 0.65]	[0.42, 0.60]	[0.34, 0.53]

\* bei Werten der Kontrollvariablen wie für Tab. 3 beschrieben

## 7 Fazit und Lösungsansätze

Gegenwartsverzerrte Präferenzen, sofortige kognitive und psychologische Kosten von Vorsorgeplanung und -handlung sowie die daraus resultierende Tendenz zum Aufschieben entsprechender Tätigkeiten sind ein empirisch relevantes Phänomen. Die Analysen der vorigen Abschnitte zeigen zudem, dass ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen Aufschiebeverhalten einerseits und Vorsorgeplanung, Vorsorgehandlung und Vorsorgeergebnis

<sup>35</sup> Siehe zum Wortlaut der entsprechenden Fragen /Kortmann (2003), Frage 91/5. Bei der Interpretation ist allerdings zu beachten, dass aus der Fragestellung nicht eindeutig hervorgeht, ob sich das zum Sparen ausreichende Einkommen auf die bisherige Ersparnis, eine eventuelle künftige Mehrersparnis oder beides zusammen bezieht.

<sup>36</sup> Siehe zum Wortlaut der entsprechenden Fragen /Kortmann (2003), Frage 102.

<sup>37</sup> Im einfachen Modell für die subjektiv unzureichende Ersparnis ergeben sich die Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung: .5802625, 95%-Konfidenzintervall: [.416714 .743811],  $P > |z|$ : 0.000,  $\text{Prob} > \chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.0304. Werden die Kontrollvariablen in das Modell einbezogen, ergeben sich folgende Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung: .5600674, 95%-Konfidenzintervall: [.3696339 .750501],  $P > |z|$ : 0.000,  $\text{Prob} > \chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.1140.

Im einfachen Modell für die subjektive Absicherung ergeben sich die Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung: -.5961929, 95%-Konfidenzintervall: [-.7766063 -.4157795],  $P > |z|$ : 0.000,  $\text{Prob} > \chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.0314. Werden die Kontrollvariablen in das Modell einbezogen, ergeben sich folgende Werte: b-Koeffizient für die Aufschiebeneigung: -.5296135, 95%-Konfidenzintervall: [-.7294624 -.3297646],  $P > |z|$ : 0.000,  $\text{Prob} > \chi^2$ : 0.0000, Pseudo  $R^2$ : 0.1250.

andererseits besteht. Folglich ist davon auszugehen, dass sich die Altersvorsorge durch nicht-monetäre Maßnahmen, die einem Aufschieben entgegenwirken, spürbar verbessern lässt. Gegenwartverzerrte Präferenzen sind zwar als Persönlichkeitsmerkmal anzusehen, das durch die Vorsorgepolitik schwerlich zu beeinflussen ist. Wohl aber lässt sich ein Aufschieben unwahrscheinlicher machen, indem die sofortigen psychologischen Kosten gesenkt werden.

Psychologische Kosten, die durch eine Aversion gegen die Beschäftigung mit dem Thema Alter verursacht werden, sind schwer zu beeinflussen. Anders stellt sich die Situation bei den kognitiven Kosten dar, die durch eine als mühsam und unangenehm empfundene Beschäftigung mit finanziellen Angelegenheiten entstehen. Hier bieten sich zwei Ansatzpunkte, um sie zu senken. Zum einen kann die Komplexität der Materie reduziert werden, indem Steuer- und Förderrecht vereinfacht werden und die Produktransparenz verbessert wird. Zum anderen können die Bürger durch Maßnahmen der finanziellen Bildung in die Lage versetzt werden, bei gegebenem Komplexitätsgrad ihre Entscheidungen schneller und sicherer zu treffen. Dass dies gerade in Deutschland ein wichtiger Ansatzpunkt ist, belegen Umfragen, die gezeigt haben, dass derzeit in breiten Bevölkerungskreisen erhebliche Unsicherheit in Geld- und Rentenangelegenheiten und unzureichende Erfahrung im Umgang mit Finanzprodukten besteht.<sup>38</sup>

Bei gegebenem finanziellen Wissen und gegebener Erfahrung mit Finanzprodukten lassen sich die psychologischen Kosten der Altersvorsorge verringern, indem die Rahmenbedingungen für die Altersvorsorge so einfach wie möglich gestaltet werden. Um die Vorsorgeplanung zu vereinfachen, sind dem Bürger leicht verständliche, realistische und vergleichbare Prognosen über seine voraussichtlichen Rentenanwartschaften zur Hand zu geben. Mittelfristig ist daher ein einheitlicher Rahmen für Rentenauskünfte zu entwickeln, der von gesetzlichen, betrieblichen und privaten Anbietern gleichermaßen verwendet werden kann. Eine noch einfachere Ruhestandsplanung wird ermöglicht, wenn dem Einzelnen ein Gesamtüberblick über seine Anwartschaften aus verschiedenen Rentensystemen gegeben wird, wie dies beispielsweise im System Pensionsinfo in Dänemark geschieht.<sup>39</sup>

Um die Vorsorgehandlung zu erleichtern, sind Auswahl und Abschluss der Vorsorgeverträge für die Bürger so einfach wie möglich zu gestalten. Dazu gehört insbesondere eine transparente und verständliche Ausgestaltung sowohl der steuerlichen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen als auch die Vorsorgeprodukte selbst. Im derzeitigen Fördersystem werden die Riester-Rente (nach § 10a EStG) und die betriebliche Altersvorsorge (nach § 3 Nr. 63 und § 40b EStG) in Bezug auf die Höhe und die zeitliche Dynamisierung der abzugsfähigen Beträge unterschiedlich gefördert; die - komplizierte - Zulagenregelung gilt nur für die Riester-Rente. Zudem unterscheidet die Förderung der betrieblichen Altersvorsorge zwischen verschiedenen Durchführungswegen (Direktversicherung versus Pensionskasse/-fonds) und nach dem Finanzierungsmodus (unterschiedliche Behandlung von Sozialversicherungsbeiträgen bei Arbeitgeberfinanzierung und Entgeltumwandlung ab 2008).<sup>40</sup>

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen sind die Vorsorgeprodukte zudem auch innerhalb einer Produktgruppe kaum untereinander zu vergleichen. Zwar bestehen für die Riester-Rente eine Vielzahl von Transparenzerfordernissen.<sup>41</sup> Es hat sich aber gezeigt, dass diese in der Praxis nicht die gewünschte Transparenz sicherstellen. So haben die Vorschriften nicht zu einer Kostentransparenz geführt, weil bei den entsprechenden Angaben u.a. die Auflistung

<sup>38</sup> Vgl. *NFO Infratest Finanzforschung* (2003), vgl. *Leinert/Westerheide* (2003), S. 458.

<sup>39</sup> Vgl. *Leinert/Westerheide* (2003), S. 454.

<sup>40</sup> Vgl. *Deutsche Bundesbank* (2001), S. 59.

<sup>41</sup> Vgl. AltZertG, § 1 Abs. 1 Nr. 9 und § 7 Abs. 1.

einer Vielzahl von nicht mehr verständlichen Kostenquoten mit unterschiedlichen Bezugsgrößen und Bezugszeiträumen zulässig ist.<sup>42</sup>

Dadurch entstehen den künftigen Rentnern hohe kognitive Kosten bei Auswahl sowohl der geeigneten Förderung als auch des geeigneten Vorsorgeproduktes. In der Folge steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie die Umsetzung einer an sich gewollten Altersvorsorge wiederholt verschieben. Die Komplexität des Fördersystems sollte daher durch die Vereinheitlichung und Vereinfachung der Förderung deutlich verringert werden. Zum einen sollten die Bestimmungen nach § 3 Nr. 63 EStG und § 10a EStG angeglichen werden – nach Möglichkeit so weit, dass auf einen der Paragraphen verzichtet werden kann.<sup>43</sup> Auch auf die Förderung über die pauschale Besteuerung von Altersvorsorgebeiträgen an Direktversicherungen und Pensionskassen nach § 40b EStG sollte verzichtet werden.<sup>44</sup> Ein weiterer Schritt ist die einheitliche sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Beiträgen zur betrieblichen Altersvorsorge (bAV), gleichgültig ob diese vom Arbeitnehmer oder Arbeitgeber getragen werden. Zudem sollte auf eine leichtere Vergleichbarkeit der Vorsorgeprodukte hingewirkt werden, indem die Transparenzkriterien der Riester-Rente präzisiert und auch auf Produkte der bAV angewendet werden.

Die bislang diskutierten Lösungsansätze zur Förderung der Altersvorsorge setzen daran an, durch eine Senkung der psychologischen Kosten ein Aufschieben von Vorsorgeplanung und Vorsorgehandlung unwahrscheinlicher zu machen. Wie die folgenden Ausführungen verdeutlichen, besteht aber auch die Möglichkeit, eine Neigung zum Aufschieben zur Förderung der Altersvorsorge nutzbar zu machen. Denn gegenwartsverzerrte Präferenzen führen zu einer gewissen Trägheit, den Status quo zu verändern, wenn eine solche Änderung mit sofortigen Kosten und zeitverzögertem Nutzen verbunden ist. Wo immer Wahlfreiheiten bestehen, wird dieses Phänomen relevant und die Entscheidungsträger müssen bestimmen, welcher Status quo für alle Diejenigen gelten soll, die keine aktive Entscheidung zu dessen Veränderung treffen. Diese Festlegung wird im Folgenden als „Default“ bezeichnet.

Im gegenwärtigen Regulierungsrahmen ist der Default zu Lasten der Altersvorsorge festgesetzt. Wer sich nicht aktiv um Altersvorsorge kümmert, bleibt außen vor. Durch die Notwendigkeit eines aktiven Opting-in wird Altersvorsorge bei einer Aufschiebeneigung verzögert oder verhindert. Auf betrieblicher Ebene gibt es allerdings die Möglichkeit, den Default zu Gunsten der Altersvorsorge festzusetzen. Dazu wird bei allen Arbeitnehmern automatisch ein Teil des Gehaltes in Altersvorsorge umgewandelt, es sei denn, sie entscheiden sich aktiv dagegen und optieren aus diesem System heraus. Die Wahlfreiheit, sich für oder gegen die bAV zu entscheiden, bleibt bei diesem Wechsel des Defaults zu einem Opting-out-Modell bestehen<sup>45</sup>.

<sup>42</sup> Vgl. *Leinert/Westerheide* (2003), S. 457 f.

<sup>43</sup> Spätestens seit der deutlichen Zunahme arbeitnehmerfinanzierter betrieblicher Altersvorsorge seit dem Recht auf Entgeltumwandlung ist die förderrechtliche Unterscheidung in private und betriebliche Altersvorsorge ohnehin fragwürdig geworden. Letztere ließe sich treffender als betrieblich organisierte private Altersvorsorge bezeichnen.

<sup>44</sup> Diese Förderung steht dem Prinzip der nachgelagerten Besteuerung von Altersvorsorgeaufwendungen entgegen. Zudem ist sie sozialpolitisch fragwürdig, weil sie in der Ansparphase nur in den Fällen zu einer steuerlichen Entlastung führt, in denen der persönliche Grenzsteuersatz des Arbeitnehmers über 20 Prozent liegt.

<sup>45</sup> Die gelegentlich geäußerte Kritik, eine Umkehrung des Defaults stelle einen Zwang zur bAV dar, lässt sich daher nicht halten. Das verdeutlichen auch die folgenden Überlegungen: Im Kern unterscheiden sich der in Deutschland übliche Default und der hier vorgeschlagene Default darin, dass Ersterer eine Unterschrift erfordert, um in die bAV hineinzuoptieren, während Letzterer eine Unterschrift erfordert, um aus der bAV herauszuoptieren. Genau dann, wenn diese Unterschrift ein unüberwindbares Hindernis darstellt, besteht unter dem vorgeschlagenen Default ein faktischer Zwang zur bAV. Wenn das der Fall ist, gilt aber gleichermaßen, dass es dem Bürger unter dem gegenwärtigen Default nicht möglich ist, in die bAV hinein zu optieren. Dann stellt die gegenwärtige Situation ein faktisches Verbot der bAV dar, was die Kritik ad absurdum führt.

Erfahrungen aus den USA<sup>46</sup> belegen, dass eine Umkehrung des Defaults auf betrieblicher Ebene die Beteiligungsquoten an der Altersvorsorge deutlich erhöht.<sup>47</sup> Automatische Entgeltumwandlung hat zudem deutliche Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Teilnehmer an der bAV. Bei Geringverdienern und Frauen, d.h. bei Personengruppen, welche die Möglichkeit der Entgeltumwandlung bislang nur unterdurchschnittlich oft nutzten, ist die Teilnahmequote besonders stark angestiegen.<sup>48</sup> Dagegen hat das in Deutschland eingeführte Recht auf Entgeltumwandlung durch Opting-in insbesondere bei Besserverdienern und Männern, d.h. bei Personengruppen, die ohnehin bereits überdurchschnittlich häufig die Möglichkeiten der bAV wahrnahmen, zu höheren Teilnahmequoten geführt.<sup>49</sup> Daher stellt der automatische Einbezug in eine freiwillige bAV auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten eine besonders viel versprechende Möglichkeit zur Förderung der Altersvorsorge dar, deren Einführung auch für Deutschland erwogen werden sollte.<sup>50</sup>

## 8 Literaturangaben

- Choi, J. et. al.* (2001): For Better or For Worse: Default Effects and 401(k) Savings Behavior. Working Paper, o.O. 2001.
- Deutsche Bundesbank* (2001): Monatsbericht 3/2001.
- Engert, A.* (2003): Vom Charme der Trägheit: Die automatische Einbeziehung in die betriebliche Altersversorgung. München 2003 (Bertelsmann Stiftung Vorsorgestudie 23). Download unter: [www.vorsorgestudien.de](http://www.vorsorgestudien.de)
- Heien, T./Kortmann, K.* (2003): Repräsentative Erhebung zu Vorsorgesituation und –verhalten der 30- bis 50-Jährigen in Deutschland. Methodenbericht (Wellen 1/2). München 2003 (Bertelsmann Stiftung Vorsorgestudien 19). Download unter: [www.vorsorgestudien.de](http://www.vorsorgestudien.de)
- Kohler, U./Kreuter, F.* (2001): Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung. München und Wien 2001.
- Leinert, J.* (2003): Altersvorsorge 2003: Wer hat sie, wer will sie? Gütersloh 2003 (Bertelsmann Stiftung Vorsorgestudie 18). Download unter: [www.vorsorgestudien.de](http://www.vorsorgestudien.de)
- Leinert, J.* (2004): Automatische Entgeltumwandlung: Hohe Teilnahmequoten ohne Zwang. Erscheint in: Wirtschaftsdienst 84 (2004), Heft 2, S. 98-104.
- Leinert, J./Westerheide, P.* (2003): Ein Reformkonzept zur Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge, in: Wirtschaftsdienst, 83. Jg (2003), H. 7, S. 453 - 459.
- Madrian, B.C./Shea, D.F.* (2000): The Power of Suggestion: Inertia and 401(k) Participation and Savings Behavior. NBER Working Paper Nr. 7682, o.O. 2000.
- NFO Infratest Finanzforschung*, Hrsg. (2003): Finanzielle Allgemeinbildung in Deutschland. Präsentation der Studienergebnisse. Pressekonferenz, Frankfurt am Main, 4. Juni 2003.
- O'Donoghue, T./ Rabin, M.* (1999): Doing it Now or Later, in: American Economic Review, Vol. 89 (1999), H.1, S. 103-124.
- Rabin, M.* (1998): Psychology and Economics, in: Journal of Economic Literature, Vol. 36 (1998), S. 11-46.

---

<sup>46</sup> 1999 hatten nach einer Erhebung von Buck Consultants 7 % der Unternehmen, die 401(k)-Pläne anboten, automatische Entgeltumwandlung implementiert und weitere 28 % erwogen, diese einzuführen. Vgl. *Madrian/Shea* (2000), S. 5f.

<sup>47</sup> Vgl. *Choi et. al.* (2001), S. 5.

<sup>48</sup> *Madrian/Shea* (2000), S. 51.

<sup>49</sup> Vgl. *Leinert* (2003), S. 14f.

<sup>50</sup> Vgl. zu den Gestaltungsoptionen von Opting-out-Modellen *Leinert* (2004) und zu einer Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen *Engert* (2003).